

Die Sprachlosigkeit überwinden

„Von der Leugnung zur Einsicht“ – ein Seminar der peruanischen Kommission für Wahrheit und Versöhnung

Virginia Vargas

Die Kommission für Wahrheit und Versöhnung in Peru war zwei Jahre lang damit beschäftigt, die Barbarei zu dokumentieren, unter der das Land 14 Jahre lang gelitten hat.¹ Nach Beendigung ihrer Arbeit und vor der Veröffentlichung des Abschlussberichts² veranstaltete die Kommission ein internationales Seminar³, in dessen Verlauf die Erfahrungen der Opfer, der Militärs und der Zivilbevölkerung all derjenigen Länder zur Sprache kamen, in denen sich Ähnliches ereignet hatte. Der vorliegende Beitrag⁴ soll deutlich machen, wie ungemein wichtig die Kommission für Wahrheit und Versöhnung für das demokratische Leben in meinem Land ist. Und er soll denen Gehör verschaffen, die immer leicht in Vergessenheit geraten: den Frauen.

Einleitung: Die Sache der Frauen

Dieses Seminar hat mich nicht unberührt gelassen. Natürlich war mir vieles schon bekannt, so wie Ihnen auch. Ich wusste, weshalb das Kommando Rodrigo Franco und *El Sendero Luminoso* (= Der leuchtende Pfad) maßgebliche Feministinnen und Führerinnen der Volks-Frauenbewegung bedroht hatten und weshalb *Sendero* so unvorstellbar viele von ihnen, darunter auch María Elena Moyano, getötet hat. Doch mehr wollte ich eigentlich gar nicht wissen, und vielleicht ist es vielen von Ihnen ähnlich ergangen.

Durch die Arbeit der Kommission für Wahrheit und Versöhnung ist das Schweigen der Rede gewichen. Und der Möglichkeit der Aufklärung, dem aktiven Streben nach Gerechtigkeit, dem Weg zur Versöhnung. Aber ist Versöhnung ohne Vergessen möglich? „Wenn wir uns erinnern, dann können wir sichergehen, dass dieses Scheitern der Menschlichkeit uns nie wieder trennen wird“, hat N. Mandela gesagt (1999). Die Wahrheitskommission hat erste Schritte unternommen, um das beim Namen zu nennen, was in unserem alltäglichen und politischen Bewusstsein allmählich schon nicht mehr präsent war, nicht mehr ausgesprochen wurde. Das ist ihr großer Beitrag zum Nicht-Vergessen. Doch in einigen Fällen ist die Sprachlosigkeit schwerer zu überwinden als in anderen. Einer dieser Fälle sind die Frauen. Die Sache der Frauen ist noch nicht ausreichend und ausführlich genug zur Sprache gebracht worden; sie droht nach wie vor in Vergessenheit zu

geraten. Und das geht nicht nur die Frauen etwas an. Denn ihre Sprachlosigkeit trägt das Siegel einer Ausgrenzung, die alle Gesellschaftsschichten durchzieht und dort besonders drastisch zutage tritt, wo die Betroffenen Schwarze, Indios oder Eingeborene, Mädchen oder alte Frauen sind. Diese Ausgrenzung geschieht unauffällig und wie selbstverständlich: im Inneren des Menschen und im privaten Bereich ebenso wie in der Öffentlichkeit, der Kultur und der Politik, im Individuum ebenso wie im Kollektiv. Sie ist die älteste und am wenigsten hinterfragte Form, in der sich Machtverhältnisse manifestieren – Machtverhältnisse, mit denen die Menschen aufwachsen und die sie verinnerlicht haben. Das ist das eigentlich Erschütternde an der Ausgrenzung, die die Frauen erdulden müssen: dass sie auf so vielfältige Weise geschieht – und dass sie etwas ganz Natürliches zu sein scheint.

Ich kann mich diesem schwierigen Thema nur von meiner Vergangenheit, meinem Standpunkt, meinem feministischen und demokratischen Engagement her nähern, und ich möchte zunächst betonen, wie wichtig alle diese Bemühungen sind, wenn es darum geht, die staatsbürgerlichen Grenzen zu weiten und einen Beitrag zur Demokratie zu leisten.

Dennoch will ich mir unter allen möglichen Punkten jenen einen herausgreifen, der bisher die geringste Beachtung gefunden hat, der sich am wenigsten anbietet, der am meisten in Vergessenheit geraten ist, jenen einen Punkt, der für die Augen des Staates, der Gesellschaft, der Kulturen und der Kirchen noch immer unsichtbar ist. Jenen Punkt, den uns die Bekanntmachungs- und Gesetzestafeln nicht aufschlüsseln, für den sie keine Worte finden, den sie nicht zu benennen wissen. Jenen Punkt, der erst aus der konkreten Erfahrung heraus und von den Opfern selbst beim Namen genannt werden kann. Ich spreche von der Vergewaltigung der Frauen in Zeiten bewaffneter Auseinandersetzungen. Diesen Frauen zuzuhören erfordert nicht nur persönliches Einfühlungsvermögen. Es erfordert einen ganz neuen epistemologischen Ansatz, der die Wahrheit unter anderen Aspekten und Fragestellungen analysiert. Ich will versuchen, mich diesen neuen Aspekten und Fragestellungen auf dreierlei Weise zu nähern:

Die
Sprachlosigkeit
überwinden

Die Autorin

Virginia Vargas, peruanische Soziologin, ist die Gründerin des Centro de la Mujer Peruana Flora Tristán. Sie gilt als Pionierin und prominente Mitbegründerin des zeitgenössischen kritischen Feminismus in Lateinamerika. 1995 hat sie die Nichtregierungsorganisationen (NROs) der lateinamerikanischen und karibischen Staaten auf dem NRO-Forum der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking koordiniert. Zwischen 1996 und 2000 gehörte sie dem Allgemeinen Beirat der Weltbank und dem Beirat der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank an. In Anerkennung ihres unermüdlichen und intensiven Einsatzes für die Menschen- und Frauenrechte wurde sie u.a. von der Lateinamerikanischen Menschenrechtsgesellschaft (Asociación Latinoamericana para los Derechos Humanos, ALOHU) mit dem „Monseñor-Proaño-Preis“ ausgezeichnet. Veröffentlichungen u.a.: El Aporte de la Rebelión de las Mujeres (1989); Caminos a Beijing. IV Conferencia Mundial de la Mujer en América Latina y el Caribe (als Herausgeberin, 1998); Género en el Desarrollo (als Mitherausgeberin, 1992); El triángulo del Empoderamiento (als Mitherausgeberin, 1992). Anschrift: Centro de la Mujer Peruana Flora Tristán, Parque Hernan Velarde No. 42, Lima 1, Peru. E-Mail: vargas@amauta.rcp.net.pe.

I. Erste Annäherung: das Benennen

1. Einige Beobachtungen

Von der im Land herrschenden Gewalt waren die Männer ebenso betroffen wie die Frauen. Es kann nicht darum gehen, dass man sich mit dem Maß der erlittenen Gewalt gegenseitig zu übertrumpfen sucht. Angefangen bei der Ausgrenzung im eigenen Land bis hin zur Verletzung der elementarsten Menschenrechte haben alle das Gleiche erdulden müssen. Doch nur, wenn wir begreifen, dass bestimmte Menschenrechtsverletzungen wie sexuelle Gewalt oder Vergewaltigung immer an *Frauen* begangen werden – oder an Männern, die bewusst wie Frauen behandelt und auf diese Weise erniedrigt werden sollen –, nur dann werden wir allmählich einen Raum schaffen, in dem auch über dieses Thema gesprochen werden kann. In den Statistiken der Staatsanwaltschaft liegt das Verhältnis bei 19 zu 1: Auf jeden vergewaltigten Mann kommen 19 vergewaltigte Frauen.

Dieser Sachverhalt ist nicht neu. Doch die *öffentliche Meinung* reagiert nur dort, wo er von den Frauen und der demokratischen Gesellschaft gemeinsam zur Sprache gebracht und verurteilt wird. Wie im Fall des Internationalen Gerichtshofs, der die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien geahndet und die Vergewaltigung erstmalig als eine spezifische Form der Menschenrechtsverletzung bewertet hat. Um dies zu erreichen, hatten sich zuvor die „Frauen in Schwarz“⁵ aus allen Ländern, in die Jugoslawien zerfallen war, zusammengeslossen und gemeinsam dagegen protestiert, dass Frauen im Krieg von allen beteiligten Parteien als rechtmäßige Beute angesehen werden. Die Frauen, die den Bürgerkrieg in Nicaragua, El Salvador und Guatemala miterlebt haben, haben dies genauestens dokumentiert. In den Zeiten der Globalisierung gehen solche Erfahrungen auch uns etwas an.

Auch während des bewaffneten Konflikts in Peru sind Frauen in unvorstellbarem Ausmaß vergewaltigt, sexuell gedemütigt und gequält worden. Von allen Kriegsparteien, auch von der, der sie selber angehörten. Auch sie wurden als Kriegsbeute behandelt und zur Befriedigung von Trieben benutzt, als sei dies ein männliches Grundrecht: Vergewaltigung als Mittel der Kriegsführung und Eroberung am Körper der Frau. Der Körper der Frau als Schlachtfeld eines nicht beachteten, alltäglich gewordenen, nicht existierenden Krieges.

2. Einige Zahlen

Einige Zahlen (der Staatsanwaltschaft⁶) können uns zeigen, wie real diese Nicht-Existenz tatsächlich ist:

- Die *Zahl der männlichen Opfer* politischer Gewalt ist in allen Kategorien größer als die der weiblichen Opfer. Dennoch gibt es Bezirke, Ayacucho und Junín beispielsweise, wo der Anteil der Frauen prozentual über dem der Männer liegt.
- Der Prozentsatz der ohne Gerichtsverfahren hingerichteten Frauen ist größer als der der Männer, in einigen Bezirken sehr viel größer (Huancavelica, Ayacucho, Huanuco, San Martín).

- Der Prozentsatz der weiblichen Opfer, die *keine öffentlichen oder politischen Ämter* innehatten, ist weit höher als der der Männer.
- Der Prozentsatz der vom Tatbestand des *Hausfriedensbruchs* betroffenen Frauen liegt über dem der Männer (in Huancavelica wurden 50 Prozent der Frauen in ihren eigenen Häusern gefangen gehalten)
- 44 Prozent der weiblichen Folteropfer wurden vergewaltigt; die meisten in Ayacucho; die jüngsten Vergewaltigungsopfer waren 15, die ältesten 40 Jahre alt.
- In der absoluten Mehrheit der Fälle wurde die Tat *nicht bestraft*, sondern geduldet. Die Männer fühlten sich subjektiv dazu berechtigt. Und die Frauen hatten subjektiv das schmerzliche Bewusstsein, sich nicht wehren zu dürfen. Eine Anklage führte zu nichts, das Wort einer Frau existierte nicht, galt nichts. Auf diese Weise wurde die Frau zum Opfer einer denkbar tief greifenden Missachtung.

Diese Wahrheit dringt erst nach und nach in das Bewusstsein der Menschen. Warum so spät? Weil sie im politischen und sozialen Selbstverständnis des Landes bisher nicht als Problem existent war, ja mehr noch: weil man gezielt an der Nicht-Existenz dieses Problems festhielt, obwohl es einen grundlegenden Bestandteil der Realität darstellt. Denn für das, was nicht existiert, *ist auch niemand verantwortlich*. Deswegen ist es so wichtig, diese Nicht-Existenz in eine drängende Präsenz zu verwandeln, und zwar dadurch, dass man darüber spricht. So war es auch mit der Gewalt gegenüber Frauen, die jahrhundertlang nicht existierte: sie musste benannt und thematisiert werden, aus nächster Nähe und mit all ihrem Schrecken, sie musste ein Gesicht bekommen, einen Namen und Täter, die für sie verantwortlich waren. Wir als Gesellschaft mussten uns für sie schämen. Und obwohl sie noch immer existiert, hat sie nun einen Namen und ist sichtbar geworden. Es gibt Raum für Versöhnung, es gibt Schutzmechanismen, es gibt Solidarität. Die Sprache hat die totgeschwiegene Gewalt in etwas Wahrnehmbares verwandelt, auf das man reagieren kann.

Doch die sexuelle Gewalt an Frauen in Zeiten bewaffneter Auseinandersetzungen wird von diesen gesellschaftlich erworbenen und erlernten Strategien nach wie vor nicht erfasst. Nur wenn man die Wahrheit beim Namen nennt, kann man ihr eine andere Bedeutung geben und dafür sorgen, dass sie nicht länger als belanglos und alltäglich hingenommen wird. Wenn aber die Worte fehlen, dann scheint es belanglos und alltäglich, dass 70 Prozent aller Bürgerkriegsopfer, der weiblichen wie der männlichen, Indios waren, die überwältigende Mehrheit von ihnen Quechuas; und dass Frauen aller Altersstufen vergewaltigt worden sind. Die Menschen aus ihrer ausgrenzenden, rassistischen, sexistischen, frauenfeindlichen und menschenverachtenden Gleichgültigkeit gegenüber dieser Wahrheit herauszureißen - das ist eine der größten Herausforderungen überhaupt.

II. Zweite Annäherung: die Politik

Die Dinge beim Namen zu nennen setzt auch ein anderes Verständnis von Politik voraus, ein Verständnis, das dieses veränderte Bewusstsein berücksichtigt. Ein Beispiel dafür ist das Motto „Demokratie im Land und im Haus“, mit dem die chilenischen Feministinnen in ihrem Kampf gegen Pinochet die Demokratie politisch wie theoretisch über alle Grenzen hinweg ausgedehnt und in einer so hochexplosiven Lage, wie sie im damaligen Chile herrschte, das Private zu einem Bestandteil der Politik gemacht haben. Doch dieses Motto ging nicht nur über die demokratischen Möglichkeiten in einer Diktatur hinaus, es überstieg auch die Begriffe aller real existierenden Demokratien. In diesem einen Schlagwort war eine ganze politische Theorie und eine grenzüberschreitende Form der politischen Praxis enthalten. Das bedeutet, dass neue Formen der politischen Praxis dort beginnen, wo Menschen über die bestehende Realität hinausblicken und neue Kampfschauplätze entdecken. Einer dieser neuen Kampfschauplätze ist *der Körper*. Der Körper ist ein politischer Ort, der Erfahrungen gelebter sozialer und kultureller Beziehungen übermittelt, so die Definition von A. Harcourt und W. Escobar (2003): „Deshalb ist der Körper nicht nur an das Private oder an das Individuum, sondern auch gänzlich an den öffentlichen Ort, Platz oder Raum gebunden.“

Für die Frauen ist der Körper der Ort, an dem ihr politischer Kampf beginnt, ihr Kampf um Selbstbestimmung, ihr Kampf um sexuelle und reproduktive Rechte, ihr Kampf um eine Mutterschaft, über die sie allein entscheiden, ihr Kampf gegen sexuelle Gewalt und Unterdrückung, ihr Kampf gegen Vergewaltigung und ihr Kampf um das Recht, eine ungewollte Schwangerschaft abzuberechen. Der Körper der Frau ist der Ort, an dem das Private zum Politikum wird. Damit diese Tatsache anerkannt wird, sind weitere demokratische Veränderungen vonnöten, wie etwa das uneingeschränkte Eintreten für einen laizistischen Staat, in dem die Politik nicht von einzelnen religiösen Überzeugungen beeinflusst und die persönliche Lebensgestaltung von Frauen und Männern nicht aufgrund spezieller Vorstellungen reglementiert wird, die keinen Raum für andere Konzepte lassen und den Bürgerinnen die Möglichkeit einer staatlichen Politik verwehren, einer Politik, die ihre neu erworbenen Rechte und ihre Autonomie schützt und erweitert. Die Politik muss einen Raum für unterschiedliche Meinungen bieten.

III. Dritte Annäherung: der Unterschied

Ebenso wie die Politik einen Raum für unterschiedliche Meinungen bieten muss, sind auch die politischen Äußerungen selbst immer unterschiedlich und niemals neutral, weil ihnen jeweils andere Erfahrungen zugrunde liegen. Jede politische Äußerung hat ein eigenes Gesicht, Leben und Geschlecht, eine eigene ethnische Zugehörigkeit und Farbe, ein eigenes Alter. Die Worte mögen gleich sein, aber sie bedeuten nicht das Gleiche, ja mehr noch: Wir wollen gar nicht, dass sie das

Gleiche bedeuten. Denn die Gleichmacherei der Herrschenden hat die Andersdenkenden zum Schweigen gebracht. Deswegen darf die soziale Emanzipation sich nicht vom Prinzip der Gleichheit leiten lassen (Souza Santos: 2003). Diese Gleichheit nämlich hat die unermessliche Vielfalt der Gesichter, Völker, Klassen, Geschlechter, sexuellen Orientierungen und Altersstufen überdeckt, die das Abstrakte und Allgemeine erst zu etwas Konkretem werden lassen. Gleichheit ist nur dort möglich, wo Unterschiede anerkannt und respektiert werden: „Wir haben immer dann das Recht auf Gleichheit, wenn wir aufgrund unserer Andersartigkeit benachteiligt werden; und wir haben immer dann ein Recht auf Andersartigkeit, wenn die Gleichheit uns unseren Charakter nimmt“ (Souza Santos 2003), wenn wir in den Hintergrund gedrängt und missachtet werden.

Um das Schweigen zu überwinden und der Wahrheit in ihrer Vielfalt gerecht zu werden, müssen wir ebendiese Vielfalt auch anerkennen. Und sie politisieren, „indem wir das Bewusstsein der Gleichheit als Instrument der Gerechtigkeit feiern und den Ausdruck der Verschiedenheit als Akt der Freiheit schützen“ (Rosemberg 2002). Eine wirkliche Anerkennung dieser Verschiedenheit kann nur auf dem Wege der Neuverteilung geschehen - Neuverteilung der Macht, der Besitztümer, der Chancen. Die Getöteten und Verschollenen stammten ebenso wie die vergewaltigten Frauen aus den entlegensten Regionen des Landes, aus jenem anderen, fremden, unwirklichen Peru. Und es ist nicht müßig, darauf hinzuweisen, dass alles, was wir in diesen Tagen gehört haben, all diese so dringend notwendigen gesetzlichen und institutionellen Reformen, die hier angesprochen worden sind, diese Perspektive der Verschiedenheit im Auge behalten müssen, denn das ist die einzige Möglichkeit, dieses sprachlose Land und die Worte, die es hoffentlich noch finden wird, im demokratischen Denken zu verankern.

Schluss

Abschließend möchte ich der gesamten Kommission für Wahrheit und Versöhnung danken, die sich so sehr dafür eingesetzt hat, die vielfältigen Formen des Schweigens zu überwinden. Ich möchte ihr dafür danken, dass sie den vergewaltigten Frauen ihre Stimme geliehen hat. Ich weiß, dass es nicht immer leicht ist, dieses Recht auf Andersartigkeit und Meinungsvielfalt in die Praxis umzusetzen. Das beweist schon die Tatsache, dass unter den 41 Referenten auf diesem außerordentlichen Seminar nur sechs Frauen sind. Dennoch gibt es innerhalb der Kommission auch in dieser Hinsicht wichtige Erkenntnisse, denn, so heißt es in einigen Analysen, „ohne die Wahrheit der Frauen ist die Wahrheit nicht vollständig“, „ohne die Stimme der Frauen ist keine Versöhnung möglich“. Das heißt, dass es ohne Gerechtigkeit für die Vergewaltigungsoffer keine wirkliche Gerechtigkeit geben wird. Und diese Ungerechtigkeit hätte für alle Frauen symbolische Bedeutung, weil die Vergewaltigung von Frauen in Zeiten bewaffneter Auseinandersetzungen das äußerste Ende einer ganzen Reihe von Ausgrenzungen ist,

durch die den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung verweigert wird. Und weil die Frauen auch weiterhin als „die anderen“ behandelt, ins Abseits gestellt, übergangen, als Staatsbürgerinnen nicht ernst genommen werden und sich auf diese Weise das Rad der Ausgrenzung subjektiv und real immer weiter dreht.

In diesem Sinne hat die Kommission für Wahrheit und Versöhnung einen subjektiven, emotionalen und langwierigen Lernprozess in Gang gesetzt, auf den man sich nur im „Bewusstsein der Unvollkommenheit“ einlassen kann, weil wir immer wieder auf neue Formen der Ausgrenzung treffen werden und immer wieder neue Themen zur Sprache bringen müssen. Diesen Prozess auf der Basis der von der Wahrheitskommission erarbeiteten Ergebnisse fortzuführen wird auch bedeuten, dass wir die Grundlage für ein neues politisches Bündnis schaffen, ein pluralistisches Bündnis, das niemanden ausschließt, ein Bündnis für Frauen und Männer, zwischen Frauen und Männern, zwischen Frauen und zwischen Männern, zwischen Bürgerinnen und Bürgern, zwischen der Bürgerschaft und dem Staat, persönlich und privat, in der Öffentlichkeit, regional und weltweit. Neben zahlreichen gemeinsamen Erfahrungen in unserem Kampf gegen die Ausgrenzung können wir Frauen aufgrund unserer unterschiedlichen Situation eigene Beiträge und Forderungen in dieses Bündnis einbringen, um sie miteinander zu teilen und zu diskutieren. Und wie schön wäre es, wenn diese Dinge auf einem solchen Forum einmal nicht von einer Frau zur Sprache gebracht werden müssten!

¹ Genauere Informationen zur Einrichtung dieser Kommission, ihrem Auftrag, ihrer Tätigkeit und den Ergebnissen ihrer Arbeit finden sich auf der offiziellen Homepage: www.cverdad.org.pe.

² Der *Abschlussbericht der Kommission für Wahrheit und Versöhnung* wurde am 28. August 2003 veröffentlicht. Der Vorsitzende der Kommission, Salomón Lerner Febres, übergab den Bericht dem Präsidenten der Republik, Dr. Alejandro Toledo Manrique, im Regierungspalast von Peru, vgl. auch die o.g. Website.

³ Das internationale Seminar *Procesos Post Comisiones de la Verdad: De la Negación al Reconocimiento* („Wahrheitskommissionen und die Zeit danach: von der Leugnung zur Einsicht“) wurde von der Kommission für Wahrheit und Versöhnung in Peru organisiert und fand vom 4. bis 6. Juni 2003 im großen Hörsaal des Nationalmuseums in Lima statt. Näheres hierzu findet sich im Internet unter: www.cverdad.org.pe/apublicas/seminario/index.php.

⁴ Dem Text liegt die stilistisch unveränderte Fassung eines am 6. Juni 2003 gehaltenen Vortrags zugrunde.

⁵ Die Bewegung „Frauen in Schwarz“ entstand im Oktober 1991 in Belgrad, um gegen Krieg, Nationalismus, ethnische Säuberungen und Gewalt gegen Frauen zu protestieren. Die Web-Adresse des Internationalen Verbandes der Frauen in Schwarz lautet: www.wib.matriz.net.

⁶ Auf der Internetseite der Staatsanwaltschaft heißt es, die Staatsanwaltschaft sei „ein unabhängiges Verfassungsorgan, eingerichtet gemäß der Verfassung von 1993. Ihre Aufgabe ist der Schutz der verfassungsmäßigen Rechte, der Grundrechte der Person und des Gemeinwesens, die Aufsicht über die Pflichterfüllung der Staatsregierung und über die Leistungen des Öffentlichen Dienstes an die Bevölkerung“. Vgl. www.defensoria.gob.pe.

Aus dem Spanischen übersetzt von Gabriele Stein